leichter sein, Anregungen zur Organisation der Frauen Folge zu geben und den besonderen Eigenschaften der Frauen Rechnung zu tragen.

Inzwischen ist folgende Resolution der Komitees eingegangen:

„Das Kriegervereinsunwesen Deutschlands nimmt in neuester Zeit eine die moderne Arbeiterbewegung geradezu provozierende Gestalt an.

Nach den Berichten bürgerlicher Blätter hat der Kyffhäuserverband deutscher Landeskriegerverbände, dem auch der sächsische Militärvereinsverband angehört, „Leitsätze für die nationale Tätigkeit der Kriegervereine" beschlossen, die eine offizielle und demonstrative Kriegserklärung an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bedeuten.

Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie nimmt von dieser die Militärvereine unverhüllt als arbeiterfeindliche politische Kampfesorganisation charakterisierenden Tatsache Kenntnis. Die Sozialdemokratie Sachsens nimmt den ihr angebotenen Kampf mit aller Energie auf, um den unter falscher Flagge gehenden Treibereien der Kriegervereine wirksam zu begegnen.

Kein politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter darf einem Militär- oder Kriegerverein angehören, da diese unter dem Deckmantel der nationalen Phrase mit Hilfe der verwerflichsten Mittel die politischen und wirtschaftlichen Klassenorganisationen der Arbeiter bekämpfen.

Fleißner-Dresden: Wenn Sie die Presse der letzten Zeit gelesen haben, so werden Ihnen zwei Tatsachen aufgefallen sein, an denen wir nicht vorübergehen dürfen, außergewöhnliche Vorgänge, die eine außergewöhnliche Stellungnahme unsererseits erheischen. Einmal ging durch die Presse die Nachricht, daß der Kyffhäuserverband, die Vereinigung deutscher Militär- und Kriegervereine Leitsätze herausgegeben haben, in denen es u. a. heißt: „Die Kriegervereine und Kriegerverbände haben, soweit es die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten gestattet, die nachstehenden Grundsätze zur Durchführung zu bringen: 1. In den Verbands- und Vereinsversammlungen sind die Kameraden über die Sozialdemokratie aufzuklären und bei geeigneter Gelegenheit an die Betätigung ihrer Pflicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erinnern. 2. Mitglieder der Kriegervereine können nicht gleichzeitig freien Gewerkschaften angehören, solange diese sozialdemokratische Organisationen sind oder die sozialdemokratische Partei unterstützen." Auch gegen die Konsumvereine richtet sich der Kampf, besonders der Kampf der sächsischen Kriegervereine. Namentlich soll der Bundespräsident der sächsischen Vereine, der bekannte Justizrat Windisch, den Anlaß zu dem Vorstoß gegen die Sozialdemokratie gegeben haben; er soll das Material vorgelegt haben, das zu dieser pronunzierten Kriegserklärung diente. An sich ist es ja nichts Neues, daß die Kriegervereine jede Gelegenheit benutzen, gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen und zu hetzen. Aber die Art, wie hier der Kampf systematisch geführt werden soll, nötigt uns doch, aus unserer bisherigen Passivität hervorzutreten. Wir halten die Landesversammlung für die geeignete Gelegenheit und für die geeignete Instanz, unsere Meinung gegenüber dieser Kriegserklärung offiziell zum Ausdruck zu bringen.

In den letzten Tagen haben wir eine Statistik in der Presse gelesen, aus der hervorgeht, daß auch zahlenmäßig in den Kriegervereinen eine nicht zu unterschätzende Stärke vorhanden ist. Diese Tatsache ist ebenfalls zu beachten, wenn dort mit einer solchen Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie vorgegangen werden soll. Daher haben wir es für selbstverständlich, daß die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf keinen Fall mit solchen Krieger- und Militärvereinen etwas zu tun haben dürfen.

Heute können noch viele Arbeiter aus allerlei Gründen sich nicht von diesen Vereinen trennen; sie antworten auf Vorhaltungen, sie gehörten diesen Vereinen nur pro forma an und hätten nichts mit ihren Tendenzen zu tun. Damit können wir uns auf die Dauer nicht zufrieden geben, zumal die Kriegervereine mit ihren großen Mitgliederzahlen vor der Oeffentlichkeit paradieren und sich rühmen, Arbeitermassen hinter sich zu haben.

Auch das für uns erfreuliche Moment ist aus der Kriegserklärung der Kriegervereine zu entnehmen, daß den bürgerlichen Parteien die wachsende Stärke der Sozialdemokratie auf den Nägeln zu brennen beginnt. Dieselben Leute, welche auch in den bürgerlichen Parteien gegen uns auftreten, sind es, die jetzt die Kriegervereine mobil machen, um Massen hinter sich zu bringen.

Auch darauf verweise ich, daß die Kriegervereine ihre wüste Agitation ungehindert in die Kasernen tragen können. Sie haben dort den Militärverbandskalender verbreiten dürfen, der ganz im Reichsverbandsstil und mit Reichsverbandsmanieren auf die jungen Soldaten einwirken will. Deshalb müssen auch wir aus unserer Passivität heraustreten und in der in der Resolution gekennzeichneten Weise vorgehen. Durch diese Resolution wollen wir konstatieren, daß wir den Kampf gegen die Militärvereine, soweit es notwendig ist, mit aller Schärfe aufnehmen. (Sehr richtig!) Aber auch in der Resolution allein wird die Sache natürlich nicht erledigt sein; überall, wo es notwendig ist, muß nachdrücklich der Resolution entsprechend gehandelt werden. Ich bitte Sie, die Resolution einstimmig anzunehmen. (Bravo!)

Sindermann: Zunächst habe ich im Auftrag der Komiteemitglieder den Antrag von Meerane, Antrag 2, zu empfehlen. Ferner ersuche ich um Annahme des Antrages aus dem 1. Kreise, Antrag 3; dieser Antrag ist eine Notwendigkeit. Ebenso bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag des 18. Kreises, Antrag 5, mit dem Zusatz, daß die Erhöhung bis zum 1. Juli 1909 eingeführt sein muß. Die Komiteemitglieder haben in erster Linie die Pflicht, darauf zu sehen, daß die Beschlüsse der Landesversammlung durchgeführt werden. Ueber die Notwendigkeit des Antrages braucht man kein Wort zu verlieren. Ich muß mich aber gegen die Genossen aus dem 23. Kreis wenden, welche auf ihrer letzten Generalversammlung den vorjährigen Beschluß auf Erhöhung der Beiträge als Mache einzelner Personen bezeichnet haben. Die Genossen aus dem Erzgebirge, aus dem 20. und 21. Kreis, haben den Antrag unbedingt auf das Objektivste behandelt und auch den 10-Pf.-Beitrag durchgeführt. Was dort möglich ist, muß auch im 23. und 17. Kreis möglich sein, wenn nur der gute Wille vorhanden ist.

Zu dem Antrag der Frauen bemerke ich, daß ich persönlich nichts dagegen habe, aber er ist nicht in Einklang mit unserem Organisationsstatut zu bringen. (Sehr richtig!) Wundern muß ich mich auch, daß dieser Antrag aus dem 4., 5. und 6. Kreis kommt, wo man den Frauen doch stets, so weit es irgend möglich ist, entgegenkommt. Die Bezirkskomitees und ebenso das Zentralkomitee tragen den Wünschen der Frauen stets Rechnung, so weit es geht. Daß nicht genügend rednerisch tätige Frauen vorhanden sind, ist nicht unsere Schuld; wir können das auch ohne weiteres nicht ändern. Den Antrag bitte ich abzulehnen, weil er mit dem Organisationsstatut nicht in Einklang zu bringen ist; aber begrüßen würde ich es jederzeit, wenn wir eine dazu geeignete Frau in das Komitee wählen könnten.

Auf Vorschlag von Lipinski wird die Spezialdebatte über die Anträge eröffnet.

Antrag 2 wird ohne weitere Debatte angenommen, ebenso Antrag 8.

Zum Antrag 5 bemerkt

Jungnickel-Annaberg: Die letzte Landeskonferenz hat den bekannten Beschluß nur mit 9 Stimmen Mehrheit angenommen. Zweifellos ist der Standpunkt einiger Kreise scharf zu verurteilen, aber es mußte so kommen, weil die vorige Landeskonferenz es unterlassen hat, einen Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu dem die Beitragserhöhung durchgeführt sein muß. Lipinski hat damals den Antrag damit begründet, daß es sich zunächst nur um die grundsätzliche Beitragserhöhung handelt. Ich selbst habe damals gebeten, daß uns zur Durchführung zwei Jahre Zeit gelassen werde. Ueber die Notwendigkeit der Beitragserhöhung ist wohl kein Wort zu verlieren; wir müssen uns aber hüten, großstädtische Verhältnisse auf das Land zu übertragen. (Sehr richtig!) Die einzelnen Kreise sind doch schon bemüht, die Beitragserhöhung durchzuführen, und deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen; er wird nur böses Blut hervorrufen. (Sehr richtig!)

Ziegler-Aue: Eine Beitragserhöhung ist leichter beschlossen, als durchgeführt. Gerade die Zeit der Krisis ist die ungeeignetste zur Beitragserhöhung; wir haben unsere liebe Not, den Beitrag auch nur von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen. Wird der Antrag angenommen, dann können Sie darauf rechnen, daß aus dem 19. Wahlkreis die Hälfte der Mitglieder verloren geht. Da ist es besser, die Vereine mit 40-Pf.-Marken auszurüsten und es den Mitgliedern freizustellen, diese höheren Beiträge zu zahlen.

Schleicher-Meerane: Auch wir sind dem Beschluß nicht nachgekommen. Das liegt daran, daß wir kurz vorher die Beiträge von 15 auf 20 Pf. erhöht haben. Nach der Konferenz sind wir dann auf 30 Pf. gegangen. Es ist unmöglich, jetzt, wo so viel Arbeiter arbeitslos sind und die Gewerkschaften schon ihre Beiträge erhöht haben, schon wieder mit Erhöhung zu kommen. Warten wir ab, bis die Zeiten besser sind! Die großstädtischen Genossen haben gut reden, da ist die Agitation viel leichter als bei uns auf dem Lande. Der 17. Kreis hat in jeder Beziehung seine Pflicht getan; das hat die letzte Nachwahl in Glauchau-Meerane bewiesen. Wie sollen wir mit so hohen Beiträgen die Mitglieder halten und neue Mitglieder bekommen? Trotz aller Schwierigkeiten hat der 17. Kreis seine Beiträge an die Partei regelmäßig abgeführt. Ich kann es nicht verstehen, daß gerade der 18. Kreis, der selbst erst kurz vor Torschluß die Beiträge auf 10 Pf. pro Woche bemessen hat, mit einem solchen Antrag kommt; käme er von einem anderen Kreis, dann ließe ich mir das noch gefallen. Der 17. Kreis muß immer den Prügelknaben abgeben, obwohl doch gar kein Grund dazu vorliegt. Wenn man sieht, wie die Leute nichts weiter zu essen haben, als Kartoffeln, dann fällt es einem schwer, sie zur Zahlung höherer Beiträge zu bewegen. Wir verpflichten uns, den Beschlüssen nachzukommen; ich warne aber vor einer Majorisierung. Wenn unsere Ortsgruppen im 17. Kreis auseinander fallen, dann tragen Sie die Verantwortung. (Unruhe.)

Vorsitzender Lipinski: Der Dresdner Beschluß lautet, daß mindestens 10 Pf. pro Woche zu zahlen sind. Damit ist bereits gesagt, daß die Großstädter mehr zahlen sollen.

Sindermann: Der Vorredner sagt, man dürfe das Land nicht mit den Großstädten vergleichen, aber die Großstädte tun ja weit mehr; sie haben bereits einen Extrabeitrag beschlossen, der nur für das Land gebraucht wird. (Sehr richtig!) Wenn Not an Mann ist und es an Geldmitteln fehlt, dann werden die Genossen in Großstädten schon Gelder aufbringen. Die Krisis, die hier angeführt ist, setzt doch in den Großstädten genau so ein, wie auf dem Lande. Der 17. Kreis darf keine Ausnahmestellung beanspruchen. Sind denn die Verhältnisse in der Lausitz nicht ebenso traurig? Für Militärvereine haben Arbeiter Geld übrig (Sehr gut!), und da soll eine Beitragserhöhung für die Partei nicht durchzudrücken sein? Wenn man immer furchtsam und zaghaft ist, dann hätten wir es in der Arbeiterbewegung niemals so weit gebracht. (Sehr richtig!) Nein, zuerst muß die Arbeiterbewegung, zuerst muß die Führung des Klassenkampfes kommen. Alle Einwendungen gegen die Beitragserhöhung fallen in sich zusammen. Bei gutem Willen läßt sich die Erhöhung sehr wohl durchführen. Daß der Antrag in Dresden nur zwei Stimmen Mehrheit gefunden hat, daran sind doch nicht wir schuld, sondern diejenigen, die dagegen gestimmt haben. (Heiterkeit.)

Mucker-Wurzen: Wir müssen unbedingt den 10-Pf.-Beitrag einführen. Ich sage das, obwohl ich nicht aus der Großstadt, sondern vom Lande stamme. Bedenken Sie die Konsequenzen, wenn einzelne Kreise sich dem Beschluß nicht fügen! Dann werden auch andere kommen und angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Herabsetzung der Beiträge fordern. Würden wir statt 10 nur 5 Pf. erhalten, so hätten wir eine weit schlechtere Agitation. Es geht einfach nicht an, daß sich einzelne Kreise über Beschlüsse der Landesversammlung hinwegsetzen. Vor allem müssen wir positiv erklären, bis wann die Beitragserhöhung durchgeführt sein muß. Reden wir doch den Leuten nicht ein, daß sie infolge der Krisis keine Beiträge zahlen können!

Fleißner-Dresden: Ich möchte den Genossen doch einmal ernsthaft raten, nicht immer mit dem Argument zu kommen, daß die Großstädter die Verhältnisse auf dem Lande nicht kennen. (Sehr richtig!) Ebenso könnten wir sagen, die Kollegen vom Lande kennen die Verhältnisse in der Großstadt nicht. Und glauben Sie denn, daß die Mitglieder der Komitees gar nichts von den ländlichen Verhältnissen wissen? Und weiter! Denken Sie doch an Chemnitz! Chemnitz ist eine Großstadt und trotzdem hat es heute noch nicht den 10 Pf.-Beitrag. (Hört, hört!) Ich muß mich wundern, daß in dem größten und bestgestellten Kreis des Chemnitzer Agitationsbezirks der Beschluß nicht durchgeführt ist. Damit ist den anderen Kreisen ein böses Beispiel gegeben. (Sehr wahr!) Darüber, daß die großen Städte unter Umständen höhere Beiträge aufbringen müssen, ließe sich reden, aber glauben Sie denn, daß die Großstädte die Beiträge noch weiter erhöhen können, wenn das Land dem Beschluß nicht nachkommt. Die Großstädte haben den 10-Pf.-Beitrag schon jahrelang, obwohl auch da zum großen Teil Gegenden mit sehr armen Leuten in Betracht kommen. Ich erinnere nur an den 4. und 6. Kreis, wo die Arbeiter auch nicht mehr verdienen als im Erzgebirge, und trotzdem ist es gegangen und bei gutem Willen läßt sich auch etwas erreichen. Allerdings kommt es darauf an, wie es gemacht wird. Wenn die leitenden Personen schon bremsen, was soll man dann von den Mitgliedern verlangen? (Sehr gut!) Wenn die leitenden Personen für die Durchführung des Beschlusses nicht Sorge tragen, dann erfüllen sie ihre Pflicht nicht. (Sehr richtig!) Schon der Umstand, daß wir 20 Prozent nach Berlin abführen müssen, zwingt uns, die Einnahmen zu vermehren, denn sonst könnten wir ja die Agitation noch nicht einmal so betreiben, wie mit unseren bisherigen Mitteln. Wir müssen dahin kommen, daß wir vom Parteivorstand in Berlin unabhängig werden. Ich kann es dem Parteivorstand nicht verdenken, wenn er sagt: „Ja, wenn Ihr uns schon kommt, was sollen dann die anderen Kreise in Deutschland machen?" Der Hinweis auf die Gewerkschaften ist sehr zum Nachteil derer, die die Beiträge nicht erhöhen wollen; warum soll das, was bei den Gewerkschaften geht, bei der Partei nicht möglich sein? Auch die Arbeitslosigkeit ist kein Grund gegen die Beitragserhöhung; wir befreien in den Großstädten schon die Arbeitslosen von den Beiträgen. Ueberhaupt wird man auf einzelne Fälle großer Notlage immer Rücksicht nehmen und Konzessionen machen können, aber hier haben wir das große Ganze im Auge zu haben. Auch in anderen Kreisen hat die Beitragserhöhung Oppositionen hervorgerufen, aber die Opposition hat sich schließlich gefügt, wie es sich für Parteigenossen ziemt. Zu allem möglichen Klimbim haben die Arbeiter vielfach Geld übrig, namentlich im Erzgebirge, aber für die Partei ist nichts übrig. (Sehr gut!)

Schnattler-Zittau: In den drei Lausitzer Kreisen, besonders im ersten Kreis, hat die Krisis schon vor Weihnachten eingesetzt. Trotzdem haben wir die Beitragserhöhung durchgeführt. Die Ausführungen des Genossen aus Meerane haben uns in mehrfacher Hinsicht geschädigt: einmal stärken sie die Opposition gegen die Beitragserhöhung und zweitens rufen sie Mißmut in den Kreisen hervor, die die Beiträge erhöht haben. Ich möchte nur hoffen, daß sich in allen ärmeren Kreisen die Beitragserhöhung so glatt vollzieht, wie bei uns. Ich bedauere die hier gefallenen Aeußerungen und hoffe auf Annahme des Antrages.

Wolfram-Oelsnau: Die Genossen aus den ärmeren Kreisen, welche die Beitragserhöhung noch nicht haben durchführen können, werden nicht die letzten sein, wenn es gilt, etwas für die Partei zu unternehmen. Man soll auf diese Rücksicht nehmen und nicht mit dem Antrag des 18. Kreises ihnen die Faust aufs Auge drücken. Die Beitragserhöhung kann nicht überall mit einem Schlage durchgeführt werden, deshalb bitte ich, den Antrag des 18. Kreises abzulehnen.

Schmidt-Zwickau: Ueber die Berechtigung des Antrages ist kaum ein Wort zu verlieren; er ist eine Notwendigkeit. Es fällt mir nicht ein, einen Stein auf die Genossen des 17. Kreises zu werfen; aber so schlimm, wie Genosse Schleicher es hinstellt, sind die Verhältnisse in Meerane nicht. Sie sind nicht schlimmer, wie in dem benachbarten Crimmitschau und im 23. Kreis, wo der Beschluß durchgeführt ist. Merkwürdig ist, daß lediglich im Agitationsbezirk Chemnitz der 10-Pf.-Beitrag nicht durchgeführt ist; man kann doch nicht behaupten, daß in diesem Kreis nur arme Bezirke existieren. Aber Chemnitz selbst ist mit schlechtem Beispiel vorangegangen. (Sehr richtig!) Tatsache ist auch, daß Vorstandsmitglieder gegen die Erhöhung aufgetreten sind, nachdem sie von der Landesversammlung angenommen war. Das darf nicht wieder vorkommen.

Griesbach-Hohenstein: Der 17. Wahlkreis beansprucht keine Ausnahmestellung; aber wir können von den Leuten jetzt nicht 10 Pf. Wochenbeitrag verlangen; wir würden eine große Zahl Mitglieder verlieren. Lassen Sie uns Zeit mit der Erhöhung.

Blaschke-Freiberg bittet um Annahme des Antrages; der Verlust der Mitglieder, der auch bei uns eingetreten ist, ist nicht durch die Erhöhung der Beiträge verschuldet, sondern durch die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Kaufmann-Zwönitz: Wie im 17. Kreis liegen die Verhältnisse auch im 19. Kreis. Die Beitragserhöhung auf 20 Pf., die wir eingeführt haben, ist natürlich nur eine Etappe zum 30-Pf.-Beitrag. Zu beachten ist, daß sämtliche ländlichen Kreise, die den 40-Pf.-Beitrag eingeführt haben, zurückgegangen sind. Das muß uns doch abhalten, unsererseits den 40-Pf.-Beitrag einzuführen; den Klimbimvereinen und dem Sektenwesen würden wir dadurch nicht Abbruch tun können. Lieber sind mir doch viele Mitglieder mit geringen Beiträgen als wenig Mitglieder mit hohen Beiträgen. Bei den Wahlen werden der 17. und 19. Kreis ihren Mann stellen und sozialdemokratische Vertreter wählen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Fleißner-Dresden (Zur tatsächlichen Berichtigung): Kaufmann behauptete, sämtliche ländlichen Wahlkreise, die den 40 Pf.-Beitrag eingeführt haben, seien an Mitgliederzahl zurückgegangen. Im 3. Wahlkreis, einem der ländlichsten, ist eine Erhöhung eingetreten, ebenso im 7. und 8. Wahlkreis.

Nowke-Chemnitz (Zur tatsächlichen Berichtigung): Es ist von dem schlechten Beispiel die Rede gewesen, das Chemnitz gegeben habe. Dies schlechte Beispiel besteht darin, daß der Kreis Chemnitz außer seinen sonstigen Verpflichtungen bloß 16000 M. nach Berlin geschickt hat.

Der Zusatzantrag, den Zehnpfennig-Wochenbeitrag bis zum 1. Juli 1909 einzuführen, wird angenommen, ebenso der dadurch ergänzte Antrag 5.

Zur Diskussion steht nun der Antrag der Frauen.

Fleißner-Dresden: In Dresden ist ein solcher Antrag auch schon an das Komitee gekommen. Wir haben den Frauen gesagt, wir sind gern bereit, sie zuzuziehen, wenn sie besondere Anregungen haben. Damit erklärten sie sich einverstanden. Umsomehr wundere ich mich, daß dieser Antrag jetzt aus Dresden an die Landesversammlung kommt.

Menke-Dresden befürwortet den Antrag; die Frauen werden gegenwärtig zu sehr zurückgedrängt. Schon der Parität wegen sollte man diesen Zustand ändern und den Antrag annehmen.

Meusch-Leipzig wendet sich gegen den Antrag. In Leipzig arbeiten wir sehr gut mit den Frauen zusammen, ohne daß sie das formelle Recht haben, zu allen Sitzungen zugezogen zu werden.

Geyer-Leipzig: Man sollte bei diesem Antrage nicht mit dem Begriff der Parität operieren. Der Antrag widerspricht dem Grundsatz der Gleichberechtigung und seine Annahme würde daher unser Organisationsstatut durchbrechen. Nach diesem können die Frauen kein Vorrecht haben, sondern sind als gleichberechtigte Genossen zu betrachten. Die Klagen der Frauen über Zurücksetzung sind zum guten Teil übertrieben. Wollen die Frauen eine führende Stellung einnehmen, so sollen sie sich so betätigen, daß sie Anerkennung finden; kein Parteigenosse wird dann aus Animosität einer solchen Frau nicht auch eine leitende Stellung nicht einräumen wollen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Damit schließt die Debatte.

Vors. Lipinski: In den einzelnen Orten betätigen sich die Parteigenossen, und auf Grund der Betätigung werden sie in die Aemter gewählt. Die Landesversammlung kann nicht in die Rechte der einzelnen Kreise eingreifen und ihnen vorschreiben, daß sie bestimmte Personen wählen sollen. Schon deshalb kann der Antrag nicht angenommen werden. Die Frauenorganisation muß von unten aufgebaut werden; wir können nicht von oben zu den Frauen sagen, ihr müßt zu den Parteiarbeiten herkommen, während ihr noch keine Rekruten habt.

Der Antrag wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Zur Resolution betr. die Kriegervereine bemerkt

Schöpflin-Leipzig: Im Absatz 3 der Resolution beantrage ich, die vier Worte: „unter falscher Flagge gehenden" zu streichen. Nach den Statuten der Kriegervereine nehmen sie Sozialdemokraten nicht auf, auf ihren Bundesversammlungen haben sie offen den Kampf gegen die Sozialdemokratie als fließend aus dem Charakter ihrer Vereinigungen verkündet. Deshalb sollten wir ihnen Gelegenheit geben, zu sagen, wir werfen ihnen Segeln unter falscher Flagge vor, während sie uns ganz offen bekämpfen.

Im übrigen begrüße ich ganz außerordentlich, daß diese Resolution gerade von den Bezirkskomitees eingebracht ist; auch ihre Fassung halte ich für sehr glücklich. Daß die Militärvereine immer mehr die Kerntruppe im Kampf gegen die Sozialdemokratie werden, hat nicht zum mindesten den Grund, daß die anderen bürgerlichen Vereine bei diesem Kampf keinen Erfolg haben. In den letzten sieben Jahren, besonders seit 1903, wo schon viele Militärvereinsmitglieder sozialdemokratisch gestimmt haben, wird der Kampf gegen uns systematisch in diesen Vereinen geführt. Deshalb müssen wir den Kampf gegen die Militärvereine aufnehmen. Wenn uns die Leute sagen, sie müssen der Unterstützungseinrichtungen wegen in den Militärvereinen bleiben, so müssen wir sie auf die viel zweckmäßigeren Einrichtungen der Gewerkschaften hinweisen.

Es wird auch dafür gesorgt werden, daß das Vorgehen der Militärvereine gegen die Sozialdemokratie im einzelnen gesammelt und publizistisch verwertet wird. Man wird ja auch die Flottenvereine und vielleicht auch Luftflottenvereine in Zukunft gegen uns mobil machen. Aber uns ist nicht bange davor; wenn wir den Kampf energisch aufnehmen, werden wir ihn auch erfolgreich zu Ende führen. (Beifall.)

Vors. Lipinski fragt an, ob die Antragsteller mit der von Schöpflin beantragten Streichung einverstanden sind.

Sindermann und Fleißner erklären sich einverstanden, Seeger dagegen nicht, weil die Kriegervereine behaupten, unpolitische Vereine zu sein. Wenn sie trotzdem die Sozialdemokratie bekämpfen, so legeln sie eben unter falscher Flagge.

Menke-Dresden: Es ist bedauerlich, daß noch immer organisierte Genossen Mitglieder von Kriegervereinen sind. Diese Genossen gilt es aufzuklären. Ich zweifle nur, ob wir als politische Partei das Recht haben, den Gewerkschaften Vorschriften zu machen, wie es die Resolution tut. (Oho!) Auch die Gewerkschaften würden doch nicht Beschlüsse fassen, die die Partei binden. Persönlich bin ich für die Resolution, aber sachlich bin ich dagegen. (Heiterkeit.)

Goldstein-Zwickau bittet um Annahme der Resolution mit der Aenderung Schöpflin. Das, was der Vorredner in der Resolution hineinlegt, steht nicht darin.

Seeger-Leipzig: Wir machen doch den Gewerkschaften keine Vorschriften. Die Resolution enthält deshalb diesen Passus, weil sich der Beschluß der Kriegervereine sowohl gegen die Sozialdemokratie als auch gegen die Gewerkschaften richtet. Gewerkschaftler, ich meine wirkliche Gewerkschaftler, keine Gelben, können gegen die Resolution nichts einwenden. (Sehr richtig!)

Hierauf wird die Resolution unter Streichung der Worte „unter falscher Flagge gehender" einstimmig angenommen.

In der weiteren Debatte über den Geschäftsbericht spricht

Fleißner-Dresden seine Verwunderung darüber aus, daß im 22. Wahlkreis sozialdemokratische Gemeindevertreter nicht von den sozialdemokratischen Organisationen aufgestellt sind. Das widerspreche einem früheren Beschluß.

Rühleder-Elsterberg: Ich habe nur Tatsachen berichtet. Auf dem Fragebogen stand eine Rubrik, ob die Gemeindevertreter politisch und gewerkschaftlich organisiert sind? Diese Rubrik war nicht überall ausgefüllt. Das habe ich konstatiert.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Sindermann verzichtet auf das Schlußwort.

Braune macht in seinem Schlußwort darauf aufmerksam, daß, wenn einige Angaben in seinem Bericht nicht stimmen, dies daher kommt, daß die betreffenden Genossen die Fragebogen nicht richtig ausgefüllt haben.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Dem Kassierer des Zentralagitationskomitees wird einstimmig Entlastung erteilt.

Auf Vorschlag des Bureaus werden die Punkte 2 bis 4 auf Dienstag vertagt und zunächst die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigt.

Zu Punkt 5 liegt nur der Antrag des 5. Kreises vor:

Die Landesversammlung möge beschließen, daß Doppelkandidaturen zu vermeiden sind, um dem Inhaber eines Reichs- oder Landtagsmandats die volle und uneingeschränkte Ausübung desselben zu ermöglichen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19080811/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG